

ÖIF Monitor

Integration & Migration

Jänner 2015

Migration Policies International

Neues aus Australien, Deutschland, der Schweiz, Kanada und Frankreich auf **Seite 3 und 4**

Internationale Berichte

Kurzinformation zu zwei OECD-Studien über Internationale Migration und Arbeitsmigration in Österreich auf **Seite 5**

ÖIF-Monitor: Jahresrückblick

Eine kurze Zusammenfassung der Top-Themen des ÖIF Monitors aus dem Jahr 2014 auf **Seite 6**

Inhalt

Europa nach Anschlägen: Mobilisierung gegen radikalen Islamismus und Extremismus	1-2
Integration in Österreich	3
Migration Policies International.....	3-4
Migration: Internationale Berichte	5
Jahresrückblick: ÖIF Monitor 2014	6
Pressebeobachtung.....	7
Kurzmeldungen	7
Publikationen, Termine, Neues vom ÖIF.....	8

Europa nach Anschlägen

Mobilisierung gegen radikalen Islamismus und Extremismus

Die zu Jahresbeginn verübten Terroranschläge in Paris erschüttern die Welt und führen zu massiven Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen. Sowohl die Politik als auch die Zivilgesellschaft im In- und Ausland haben in starken Reaktionen geschlossen signalisiert, dass Angriffe auf demokratische Werte in Europa nicht akzeptiert werden.

Der Vormarsch islamistischer Terrorgruppen wie dem IS, Gräueltaten der Boko Haram in Nigeria, die Terrorangriffe auf die französische Satirezeitung „Charlie Hebdo“ sowie auf einen jüdischen Supermarkt in Paris bringen neue Dimensionen in die Debatte um Radikalisierung und Fundamentalismus. Das Verhältnis von demokratischen Werten und Religion, insbesondere dem Islam, ist ins Zentrum öffentlicher

Diskussionen gerückt. Die Terroranschläge in Paris forderten insgesamt 17 Todesopfer, darunter Angehörige der jüdischen Glaubensgemeinschaft und Polizist/innen. Die Zahl der Opfer des IS und der dschihadistischen Boko Haram-Miliz in anderen Teilen der Welt ist kaum bezifferbar. Solidarität und Stellungnahmen gegen Terror und Gewalt prägen die Reaktionen vieler Europäer/innen unterschiedlichen Glaubens. →

→ Fortsetzung von Seite 1
Europa nach Anschlägen: Mobilisierung gegen radikalen Islamismus und Extremismus

Diesem wird etwa durch ein gemeinsames Auftreten von Bürger/innen und Regierungsvertreter/innen z.B. bei der Gedenkveranstaltung „Gemeinsam gegen den Terror“ in Wien, der Mahnwache gegen Terror und Islamfeindlichkeit in Berlin und dem Gedenkmarsch in Paris für die Opfer der Anschläge auf „Charlie Hebdo“ Ausdruck verliehen. Es zeigen sich jedoch auch gegensätzliche Tendenzen wie die Protestmärsche der PEGIDA-Anhänger/innen in Deutschland und Stellungnahmen verschiedener Islamgegner/innen. Gleichzeitig kam es in der islamischen Welt zu Protesten, hier gegen die erneuten Mohammed-Karikaturen in der ersten Ausgabe von „Charlie Hebdo“ nach den Anschlägen. In Tschetschenien wurde etwa eine Großdemonstration von Präsident Kadyrow unterstützt.

Radikalisierungsbekämpfung in Österreich

Angesichts der jüngsten Ereignisse spricht sich Integrationsminister Kurz für eine breite Strategie zur Eindämmung der Radikalisierung aus und fordert u.a. eine stärkere Auseinandersetzung mit dem Thema Politik im Schulsystem. Grundwerte und Rechtsbewusstsein sollen als Möglichkeit gesehen werden, Radikalisierungstendenzen und Fundamentalismus entgegenzuwirken bzw. von Anfang an zu unterbinden. Unterstützung be-

kommt Kurz von Unterrichtsministerin Heinisch-Hosek, die im kommenden Schuljahr in Abstimmung mit Innenministerin Mikl-Leitner etwa 300 kostenlose Workshops zu Gewaltprävention an Schulen anbieten will. Bundesminister Kurz hat auch die Forderung eingebracht, Sanktionen gegen Schüler/innen bzw. Eltern zu verhängen, die sich nicht integrieren wollen. Bereits vergangenen Oktober wurden nach dem Gipfel „gegen Hass und Hetze“ Maßnahmen gesetzt, um eine Radikalisierung zu bekämpfen. So wurde im Dezember die im Bundesministerium für Familie und Jugend angesiedelte Beratungsstelle und Hotline gegen Extremismus vorgestellt, bei der Hilfesuchende Unterstützung bekommen, wenn sie eine Radikalisierung von Angehörigen bzw. Bekannten befürchten.

Verschärfte Gangart gegen Extremist/innen

Neben Präventivmaßnahmen wurden in Österreich auch Maßnahmen gegen Terrorismus und Extremismus gesetzt. Vorschläge wie der Entzug der österreichischen Staatsbürgerschaft bei Doppelstaatsbürger/innen, die sich an Kampfhandlungen im Ausland beteiligen, das Verbot von IS-Symbolen und die Verschärfung des Verhetzungsparagraphen wurden bereits vor den Anschlägen in Paris eingebracht. Neue Forderungen bestehen darin, potenziellen Dschihadisten den Reisepass zu entziehen, um Personen,

die sich dem IS anschließen wollen, an der Ausreise aus Österreich zu hindern. Auch der Entzug der Staatsbürgerschaft wird nun breiter diskutiert. Derzeit kann österreichischen Staatsbürger/innen die Staatsbürgerschaft nur aberkannt werden, wenn die betroffene Person „freiwillig für eine organisierte bewaffnete Gruppe aktiv an Kampfhandlungen im Ausland im Rahmen eines bewaffneten Konfliktes teilnimmt“, sofern sie dadurch nicht staatenlos wird. Bundesminister Kurz hat angekündigt, diesen auf internationalen Abkommen basierenden Punkt auf europäischer Ebene diskutieren zu wollen, um gegebenenfalls die Möglichkeit zu schaffen, auch Österreicher/innen ohne Doppelstaatsbürgerschaft die Staatsangehörigkeit aberkennen zu können. Gleichzeitig hat das Bundesministerium für Inneres ein neues Sicherheitspaket für Österreich vorgestellt.

Internationale Anti-Terror-Kooperation

Neben Maßnahmen gegen Radikalisierung und Terror in einzelnen europäischen Staaten soll auch die internationale Kooperation gestärkt werden. Obwohl die Terrorbekämpfung in die Verantwortung der einzelnen EU-Staaten fällt, setzt sich die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini für eine verstärkte Zusammenarbeit auf europäischer Ebene ein. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Frankreich: Reaktionen und Maßnahmen nach Terroranschlägen

Die Anfang des Jahres begangenen Terroranschläge in Paris führten in Frankreich zu Bestürzung und zeigen gleichzeitig wichtige Handlungsfelder für Gesellschaft und Regierung auf: Aufgrund von Zwischenfällen an 70 Schulen während der nationalen Schweigeminute für die 17 Terroropfer setzt Bildungsministerin Vallaud-Belkacem auf pädagogische Maßnahmen, um Vorurteile gegen Juden bzw. Jüdinnen und Muslim/innen abzubauen. Auch die Gesellschaft soll mittels der Netz-Offensive „Stop Dschihadismus!“ sensibilisiert werden. Verteidigungsminister Le Drian und Innenminister Cazeneuve sprechen sich für den Ausbau sicherheitspolitischer Strategien aus und mobilisieren 10.500 Soldaten und 4.700 Polizisten die künftig sensible Punkte des Landes, jüdische Schulen und Kultstätten sichern. Auf politischer Ebene werden Maßnahmen im Umgang mit gewaltbereiten Islamist/innen, etwa der Staatsbürgerschaftsentzug, diskutiert. Ex-Staatschef Sarkozy berät über die Wiedereinführung des Straftatbestands „Nationale Unwürdigkeit“, welcher den Entzug bürgerlicher Rechte, etwa dem Wahlrecht, oder ein Verbot bestimmter Berufe, etwa im Staatsdienst, vorsieht. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Österreich: Debatte um Dialogzentrum der Religionen KAICIID

Das „König-Abdullah-Zentrum für Interreligiösen Dialog“ (KAICIID) in Wien wurde 2012 auf Initiative des Saudi-Arabischen Königs Abdullah zur Förderung des interreligiösen Dialogs gegründet. Derzeit steht das Zentrum aufgrund fehlender Distanzierung von Menschenrechtsverletzungen in Saudi-Arabien unter heftiger Kritik, ausgelöst durch den Fall der Auspeitschung des saudischen Bloggers Raif Badawi. Nach diversen Stellungnahmen von politischer Seite, darunter von Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Werner Faymann sowie Außenminister Sebastian Kurz, wird eine Neugestaltung und Neuauflistung des Zentrums als angemessenste Regelung erachtet. Künftig soll der regelmäßige Dialog zwischen den Religionen sowie zwischen dem Zentrum und der breiten Öffentlichkeit im Mittelpunkt der Tätigkeiten des Zentrums stehen. In einem vom Außenministerium in Auftrag gegebenen Evaluierungsbericht wird von einer Schließung des Zentrums abgeraten, um Österreichs Ruf als verlässlicher Sitzstaat für internationale Organisationen weiterhin gerecht zu werden. Überschattet wird die Auseinandersetzung durch das Ableben des Saudi-Arabischen Königs Abdullah am 23. Jänner. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Deutschland: Gesetzesentwurf soll Kriterien für Aufenthalt besser regeln

Anfang Dezember brachte die deutsche Regierung einen Gesetzesentwurf zur Novellierung des Bleibe-, Ausweisungs- und Abschiebungsrechts ein. Dessen Ziel soll einerseits eine bessere Rechtsstellung jener sein, die besondere Integrationsleistungen vorweisen können, und andererseits ein konsequenteres Durchgreifen gegen Personen, die sich ohne rechtliche Grundlage in Deutschland aufhalten. Unter anderem soll nach acht Jahren Aufenthalt (sechs Jahre bei Familien mit minderjährigen Kindern) ein Bleiberecht gewährt werden. Bedingungen dafür sind, dass der Lebensunterhalt nachweislich gesichert ist und dass mündliche Deutschkenntnisse und strafrechtliche Unbescholtenheit vorgewiesen werden können. Für Schutzbedürftige soll es eine eigene Bleiberechtsregelung geben, wodurch anerkannten Flüchtlingen im Rahmen des Resettlement-Programms eine langfristige Perspektive geboten werden soll. Seit 2012 nimmt Deutschland Flüchtlinge über ein Resettlement-Programm auf. Durchgegriffen soll hingegen bei jenen Personen werden, die ohne Aufenthaltsrecht in Deutschland leben. Diese sollen künftig konsequent ausgewiesen werden. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Schweiz: Ausbau der Asylreform soll Verfahren optimieren

In zwei Jahren soll in der Schweiz die derzeit laufende Asylreform, die schnellere Verfahren und eine institutionelle Konzentration in neuen Bundeszentren vorsieht, umgesetzt sein. Ausschlaggebend war die Einsicht, dass räumliche Distanz und die Verteilung der Asylsuchenden auf Kantone ein klar strukturiertes Verfahren erschwert und organisatorischen Mehraufwand verursacht. In der von Regierungsrat Käser und BFM-Direktor Gattiker geleiteten „Arbeitsgruppe Neustrukturierung“ arbeiten Bund, Kantone, und Gemeinden seit über zwei Jahren an der Vorbereitung eines neu strukturierten Asylverfahrens. In Zürich wurde ein Testzentrum für schnellere Asylverfahren bereits Anfang 2014 eingerichtet. Angesichts dieser Entwicklung spricht sich Käser für den Ausbau solcher Zentren in den Regionen im nächsten Jahr aus. Das Bundesamt für Migration zeigt sich kommunikationsbereit. Da die Suche nach neuen Asylstandorten nur schrittweise vorankommt, sei die frühere Eröffnung von Asylzentren an bereits ausgebauten Standorten begrüßenswert. Auch in Österreich werden derzeit Vorschläge zu einer Adaptierung des Asylverfahrens diskutiert.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Kanada: Neues Express-Entry-Visa-Programm angelaufen

Am 1. Jänner ist in Kanada das Express-Entry-Visa-Programm angelaufen. Interessierte können online ein Profil mit Daten zu Qualifikationen, Berufserfahrung, Bildung, Sprachkenntnissen, etc. anlegen. Jene, die den Anforderungen des Einwanderungsprogramms für qualifizierte Zuwander/innen entsprechen, werden in einen Kandidaten-Pool aufgenommen und müssen sich bei der kanadischen „Job Bank“ registrieren, um mit kanadischen Arbeitgeber/innen in Kontakt treten zu können. Die bestqualifizierten Kandidat/innen werden eingeladen, innerhalb von 60 Tagen einen Antrag auf Daueraufenthalt zu stellen, über den innerhalb von max. 6 Monaten entschieden wird. Ziel ist eine raschere Abwicklung von Anträgen von Hochqualifizierten und eine schnellere Eingliederung in den kanadischen Arbeitsmarkt. Ein Vorteil gegenüber dem ehemaligen Punktesystem soll darin bestehen, dass Anträge nicht chronologisch sondern nach Qualifikationsniveau bearbeitet werden, und dass Hochqualifizierte in abschätzbarer Zeit einreisen können. Eine Auswahl der Kandidat/innen findet an über das Jahr verteilten Stichtagen statt – der erste soll Ende Jänner sein.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Australien: Parlament stimmt Verschärfung des Asylrechts zu

Anfang Dezember stimmte das australische Parlament mit knapper Mehrheit Änderungen beim Asylrecht zu. Während die meisten Punkte einer Verschärfung des Asylrechts gleichkommen, wurde auch das Kontingent für Flüchtlinge angehoben. Für anerkannte Flüchtlinge werden nunmehr temporäre Schutzvisa für 3 bis 5 Jahre vergeben. Danach wird der Asylstatus überprüft und die Personen können in die Herkunftsländer zurückgeschickt werden, sollte dies als sicher eingestuft werden. Weiters sollen Flüchtlinge, die über den Seeweg nach Australien gelangen wollen, auf See fest- bzw. aufgehalten und zur Umkehr gezwungen oder in ein anderes Land umgeleitet werden. Gleichzeitig wird das Kontingent für humanitäre Aufnahmen von 13.750 auf 18.750 angehoben, wobei ein Teil davon für geplante Umsiedelungen (Resettlement) vorgesehen ist. Laut Premier Abbot sollen die Maßnahmen den „Überhang“ von Flüchtlingsansuchen, die sich auf 30.000 belaufen sollen, beheben. UNHCR und Menschenrechtsgruppen haben Bedenken angemeldet, dass dieses Gesetz eine Einengung des Flüchtlingsbegriffs laut Genfer Flüchtlingskonvention darstellt.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Migration: Internationale Berichte

UNHCR-Bericht „Global Appeal“: Ziele für 2015

Zu Beginn 2015 veröffentlichte das UNO-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) den aktuellen Bericht „Global Appeal“ und fokussiert dabei wesentlich Ziele und Prioritäten im kommenden Jahr.

Mangelnde Ressourcen und Kapazitäten sowie die Verbesserung der bestehenden Notfallmechanismen stellen laut UNHCR-Bericht wesentliche Herausforderungen in der Arbeit mit Flüchtlingen und Schutzbedürftigen dar. Daher richten sich die Ziele von UNHCR im kommenden Jahr darauf hervorzuheben, was Schutzbedürftigkeit tatsächlich bedeutet und wie damit einhergehende nötige Schutzmaßnahmen in allen Bereichen der humanitären Hilfe aussehen müssen. In diesem Zusammenhang werden auch Schutzprioritäten für Frauen und Kinder ausgearbeitet. Weitere Ziele sind die Etablierung dauerhafter Lösungen für eine angemessene Lebenssituation, die Unterstützung der Flüchtlinge beim Erlangen ihrer Eigenständigkeit und der Ausbau der Zusammenarbeit, Koordination und Kommunikation mit Partnerorganisationen wie etwa anderen UN-Organisationen, NGOs oder dem Inter-Agency Standing Committee (IASC). Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Migration: Internationale Berichte

OECD: Empfehlungen für Bereich Arbeitsmigration

Laut Ende 2014 veröffentlichtem OECD-Bericht zur Arbeitsmigration in Österreich weist Österreich im OECD-Vergleich günstige Arbeitsmarktbedingungen, aber einen relativ geringen Anteil von permanenten Arbeitsmigrant/innen auf.

Dem Bericht „Recruiting Immigrant Workers 2014: Austria 2014“ zufolge stehen Migrant/innen im Fokus arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen. Wesentlicher Schwerpunkt liegt hierbei auf einer Reformierung der 2011 eingeführten Rot-Weiß-Rot-Karte, die Hochqualifizierten die Möglichkeit eines längerfristigen Aufenthalts in Österreich ermöglicht. Der Bericht weist zwar darauf hin, dass es durch jüngste Reformen zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für Arbeitsmarktmigration gekommen ist, dass jedoch weitere Adaptionen notwendig sind. Die Empfehlungen des Berichtes richten sich auf Verbesserung der Infrastruktur zur Datenerfassung sowie des Verwaltungsrahmens, die Anpassung der Zulassungskriterien für auf Dauer ausgerichtete Arbeitsmigration, eine verstärkte Nutzung des Arbeitskräftepotenzials ausländischer Studierender und aktive Bewerbung Österreichs als Zielland für längerfristige Arbeitsmigration.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Migration: Internationale Berichte

OECD beschreibt konstante Migrationsentwicklung

Der Internationale Migrationsausblick 2014 der OECD besagt, dass Migration eine Konstante im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gefüge ist. Über 115 Mio. Zuwander/innen leben derzeit in den OECD-Ländern.

Jede/r Zehnte Mensch in den OECD-Ländern ist derzeit ein/e Migrant/in. Während China nach wie vor das wichtigste Herkunftsland der Zuwander/innen ist, weisen andere Länder starke Schwankungen und Lateinamerika einen durchgehenden Rückgang auf. In vielen EU-/EFTA-Ländern lässt sich ein großer Anteil dauerhafter Zuzüge aufgrund von Freizügigkeitsregelungen verzeichnen. In der Schweiz sowie in Österreich macht dieser Anteil drei Viertel der Gesamtzuwanderung aus. Das Profil der Zuwander/innen hat sich in den letzten Jahren gewandelt: Etwa 31 Millionen Personen gelten als Zuwander/innen mit hohem Qualifikationsprofil, was einem Anstieg von 70% im vergangenen Jahrzehnt entspricht. Herausforderungen stellen verbesserte Anerkennung von Qualifikationen, aktive arbeitsmarktpolitisch, Ausbau von Sprachkompetenzen sowie frühkindliche Betreuung und Bildung von Kindern zugewanderter Eltern dar.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Jahresrückblick 2014: Welche Themen standen im Fokus des ÖIF Monitors?

2014 war ein bewegtes Jahr – auch in den Bereichen Integration und Migration. Der ÖIF Monitor hat das ganze Jahr über die jeweils aktuellen Themen aus Österreich und dem internationalen Umfeld zusammengefasst und aufbereitet. Hier eine Zusammenschau der Themen des ÖIF Monitor 2014:

#1: Regierung: Integration im Außenministerium

Anfang 2014 wurde der Bereich Integration durch die Verschiebung der Agenden in das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres gestärkt. Im Zentrum der Berichterstattung stand das Arbeitsprogramm 2013–2018.

#2: Schweiz: Zuwanderungsbeschränkung nach Referendum

Am 9. Februar 2004 sprachen sich rund 50% der Schweizer/Innen beim Referendum über die Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ für Einwanderungskontingente aus.

#3: Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen

Integrationsminister Sebastian Kurz kündigte ein neues Anerkennungsgesetz an, um den Zugang von qualifizierten Migrant/innen zu adäquater Beschäftigung zu erleichtern. Ein Interview mit Univ.-Prof. Mag. Dr. Gudrun Biffl zeigte Potentiale und Herausforderungen bei der Anerkennung.

#4: Der amerikanische Traum: Wurzeln in Asien, erfolgreich in den USA

27% der Bevölkerung im US-Bundesstaat Kalifornien haben eine ausländische Herkunft. Der Moni-

tor befasste sich damit, wie asiatische Zuwander/innen das Gesellschaftsbild prägen und auch bedeutendes Wähler/innen-Potential darstellen.

#5: Mobilität und Freizügigkeit: Integration von EU-Bürger/innen

Anlässlich der EU-Wahlen im Mai berichtet der ÖIF-Monitor über die Personenfreizügigkeit in der EU und lieferte Zahlen zu EU-Bürger/innen in Österreich.

#6: 50 Jahre Anwerbeabkommen: Migration aus der Türkei

2014 wurde das 50-jährige Jubiläum des österreichisch-türkischen Gastarbeiter-Anwerbeabkommens gefeiert. Der ÖIF-Monitor informierte über das Abkommen sowie über türkische Zuwander/innen in Österreich damals und heute.

#7: Expertenrat: Positive Zwischenbilanz, weiterer Handlungsbedarf

Der Integrationsbericht 2014 des Expertenrates liefert eine Bestandsaufnahme bisheriger und zukünftiger Maßnahmen im Integrationsbereich wie z.B. Sprachförderung, Anerkennung von Qualifikationen oder Willkommenskultur. Der ÖIF Monitor lieferte eine Zusammenfassung.

#8: Extremismus: Regierung stellt Maßnahmenpaket vor

Die Konflikte in Syrien in Verbindung mit der terroristischen Gruppe Islamischer Staat (IS) lösten internationale Entrüstung aus. Um der Beteiligung von muslimischen Personen aus Österreich entgegenzuwirken, präsentierte die Regierung ein Maßnahmenpaket.

#9: Integration von Anfang an: Neue Integrationsbeauftragte in Serbien

Mit Anfang Oktober baute die österreichische Regierung ihr Angebot zur Vorintegration im Herkunftsland durch die Einberufung einer Integrationsbeauftragten in Serbien aus.

#10: Neue Initiativen: Identität und Heimatbewusstsein

Der November 2014 stand im Zeichen von Heimatbewusstsein und Identitätsbildung. Eine diesbezügliche Umfrage, ein vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres organisiertes Symposium und die Aktion #stolzdrauf von ZUSAMMEN:ÖSTERREICH lieferten Fakten und Diskussionmöglichkeiten.

Lesen Sie die ÖIF Monitor-Ausgaben [»» hier](#)

Integration in den Medien: Pressebeobachtung

Worüber wurde im Dezember berichtet?

Der letzte Monat des Jahres war von diversen Berichten rund um Flucht bzw. Asyl, Radikalisierung und EU-Migration geprägt. Sowohl in regionalen als auch in bundesweiten Zeitungen wurden diese Themen aufgegriffen.

Radikalisierung, Verhetzung und Dschihadismus waren bereits vor den Terroranschlägen in Paris Themen, über die Medien kontinuierlich und intensiv berichteten. Die Einrichtung der Deradikalisierungs-Hotline, Nachrichten von jungen Menschen, die sich dem Dschihad anschließen, die Taten des IS und Diskussionen über Vorschläge und Maßnahmen zur Prävention von Radikalisierung fanden Einzug in die Zeitungen. Im Zusammenhang mit den Debatten rund um den Islam wurde auch wiederholt über die PEGIDA-Bewegung in Deutschland berichtet.

OECD-Bericht über Migration

Nach Veröffentlichung des OECD-Berichts „Internationaler Migrationsausblick 2014“ wurde über die starke EU-Binnenmigration berichtet, die auch in Österreich den größten Anteil von Zuwander/innen ausmacht. In diesem Zusammenhang wurde über Arbeitsmarktchancen als grundlegender Motor von Migration berichtet

sowie über die Eingliederung von Migrant/innen in den Arbeitsmarkt, diesbezügliche Herausforderungen und Schwierigkeiten. Auch die relativ hohe Anzahl an ausländischen Studierenden in Österreich war ein Thema.

Ministerratsbeschluss des Islamgesetzes

Der Beschluss des Islamgesetzes durch den Ministerrat am 10. Dezember regte erneut zur Berichterstattung und Debatten rund um das neue Gesetz an. Neben einer Vorstellung der Inhalte und der Neuheiten des Gesetzes, wurden in den Medien auch kritische Stimmen abgebildet.

Flüchtlinge in Österreich und Europa

Eine weiterhin ständig in den Medien reflektierte Thematik ist jene der Flüchtlingsströme nach Europa, vor allem über das Mittelmeer – und somit auch nach Österreich. Auf nationaler Ebene wurde auch im Dezember erneut über die Verteilung von Asylwerber/innen in den Bundesländern und die Suche nach adäquaten Unterbringungsmöglichkeiten berichtet.

Integration und Migration

Kurzmeldungen

»»»» **Großbritanniens Premier will Sozialleistungen für Zuwander/innen einschränken** — Dieser Vorschlag löst die Forderung von Premier Cameron nach einer Quotenregelung ab, um Zuzüge nach Großbritannien zu reduzieren.««««

»»»» **Fortschritte beim neuen Islamgesetz in Österreich** — Mitte Dezember wurde die Regierungsvorlage für das neue Gesetz im Ministerrat beschlossen. Das Parlament soll demnächst über den Gesetzesvorschlag abstimmen.««««

»»»» **Ablehnung der Ecopop-Initiative in der Schweiz** — Mittels Volksabstimmung lehnten Ende November über 74% der Schweizer/innen weitere Einwanderungsbeschränkungen ab.««««

»»»» **Schlüssel zur Kostenverteilung für Flüchtlingsunterbringung in Deutschland beschlossen** — Der Bund stellt Ländern und Kommunen 2015 und 2016 bis zu EUR 500 Millionen zur Verfügung.««««

»»»» **Asylgipfel in Österreich für Februar angekündigt** — Gemeinsam wollen Landeshauptleute über ein gemeinsames Vorgehen im Asylwesen sprechen.««««

Publikationen



Handbuch Christentum und Islam in Deutschland

Mathias Rohe, Hawa Engin, Mouhanad Khorchide, Ömer Ozsay

Die Autoren greifen die Frage auf, wie religiösen Grundhaltungen von

Christen und Muslimen das Zusammenleben bestimmen.

ISBN: 9783451311888, EUR 48,00.

Bestellinformationen [»» hier](#)



Migration Initiatives 2015. Regional Strategies

International Organization for Migration

Das Buch stellt die neun regionalen Strategien der IOM vor und bietet regionalen Kontext und Informationen zu Partnern, Kapazitäten und Herausforderungen.

Weitere Informationen [»» hier](#)



Those Who Go Those Who Stay

Ruth Beckermann

Der Dokumentarfilm greift das Thema des Unterwegsseins auf und befasst sich mit der Erfahrungen von Migration, Wanderung, Veränderung

und Fremde. DVD, EAN: 9783854399285, EUR 14,90

Bestellinformationen [»» hier](#)

Termine

23.-25. APRIL, ATHEN

Konferenz „Migration Management and International Organizations in the 20th Century“

Die Konferenz widmet sich der Geschichte, aktuellen Trends und dem Verständnis von „Migration Management“ sowie der Bedeutung von internationalen Organisationen im Migrationsmanagement. Wo: Athen, Griechenland

Weitere Informationen und Anmeldung [»» hier](#)

8/9. JUNI, WASHINGTON

8th International Conference on Migration and Development

Die von der Französischen Entwicklungsagentur, der Development Research Group (Weltbank) und dem Center for Global Development organisierte Konferenz befasst sich mit der Frage, wie Migration die sozio-ökonomischen Bedingungen in Entwicklungsländern beeinflusst. Wo: Washington. Weitere Informationen und Anmeldung [»» hier](#)

25.-27. JUNI, GENÈVE

12. IMISCOE-Conference „Rights, Democracy and Migration“

Die Konferenz wird vom Institut d'Études Démographiques et du Parcours de Vie der Universität Genf und vom Schweizer Forum für Migration und Bevölkerungsstudien der Universität von Neuchâtel organisiert. Wo: Genf, Schweiz

Weitere Informationen und Anmeldung [»» hier](#)

Neues vom ÖIF



ÖIF-Forschungspreis für Diplom-/Masterarbeiten und Dissertationen

Eingereicht werden können Arbeiten mit unmittelbarem Bezug zu

Migration oder Integration. Die Bewerbungsfrist für den jährlich vergebenen ÖIF-Forschungspreis für den Durchgang 2014/15 läuft bis 30. Juni.

Weitere Informationen [»» hier](#)



Kreativwettbewerb „MEIN ÖSTERREICH“

Der ÖIF prämiert die besten Beiträge (Film, Foto/Bild, Text), die zum Ausdruck bringen, was

Heimat für junge Menschen bedeutet und worauf sie in Österreich stolz sind. Die originellsten Einsendungen werden auf der ZUSAMMEN:ÖS-TERREICH-Facebook-Seite veröffentlicht. Die Einreichfrist läuft!

Weitere Informationen [»» hier](#)

IMPRESSUM

Impressum und Offenlegung gemäß §§ 24 und 25 MedienG; Medieninhaber, Herausgeber, Redaktion und Hersteller: Österreichischer Integrationsfonds - Fonds zur Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen (ÖIF), Schlachthausgasse 30, 1030 Wien, T.: +43 (0) 1 7101203 - 100, E.: mail@integrationsfonds.at; Verlags- und Herstellungsort: Schlachthausgasse 30, 1030 Wien; Offenlegung: Sämtliche Informationen über den Medieninhaber und die grundlegende Richtung dieses Mediums können unter www.integrationsfonds.at/impresum abgerufen werden.